



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 03.05.2012

Pressemitteilung 06/2012

MdL Manfred Groh (CDU): Sorgen und Nöte werden ernst genommen – Dialog zur Landschaftsschutzgebietserweiterung in Durlach-Aue wird fortgesetzt

Auf Initiative des CDU-Landtagsabgeordneten Manfred Groh kam es zu einem Treffen zwischen Vertretern der Gartenbaubetriebe aus Durlach-Aue sowie der Karlsruher Stadtverwaltung zur geplanten Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes Oberwald-Rißnert (LSG). Hintergrund des Treffens waren die Sorgen besonders der örtlichen Gartenbau- und Landwirtschaftsbetriebe, dass die geplante Erweiterung zu Lasten aller Betroffenen gehen könnte. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die angemessene Berücksichtigung der Interessen, wie beispielsweise der bereits genannten Betriebe, der Vereine sowie der Geschäfts- und Anwohnerbelange. Nach den bisherigen Planungen der Stadtverwaltung wird das LSG um Flächen bei Wolfartsweier erweitert.

„Die geplante Erweiterung hat erhebliche Existenzängste bei den Gartenbau- und Landwirtschaftsbetrieben entfacht. Ziel des gemeinsamen Gesprächs ist gewesen, bestehende Sorgen anzusprechen und auszuräumen“, so Manfred Groh. Das Verfahren befindet sich derzeit im Stadium der Anhörung der Träger öffentlicher Belange und der Gemeinde.

Groh hebt hervor, dass die Rentabilität und Zukunftsfähigkeit der Betriebe auch in Zukunft gewährleistet sein muss und nicht durch die LSG-Erweiterung gefährdet werden. Im Rahmen des Gespräches haben sich die Teilnehmer darauf verständigt eine gemeinsame Vor-Ort-Begehung zwischen Naturschutzbehörde und den Inhabern der betroffenen Betriebe zu machen. Hierbei sollen die Betriebsinhaber die Möglichkeit bekommen auf Problempunkte hinzuweisen, so dass diese in das laufende Verfahren nach Möglichkeit miteinbezogen werden können. Dies gelte beispielsweise für die Befürchtung, dass verwilderte oder

brachliegende Grundstücke die Bewirtschaftung erschweren. Der in solchen Fällen auftretende Schädlingsbefall würde einen erhöhten Einsatz von Pflanzenschutzmittel erforderlich machen, welcher jedoch von allen Beteiligten nicht gewünscht ist.

„Das Gespräch wurde von allen Beteiligten als positiv bewertet. Es hat bereits jetzt zum einen dazu beigetragen bestehende Irritationen auszuräumen und zum anderen wurden den Betroffenen die größten und schwerwiegendsten Sorgen genommen“, so der CDU-Landtagsabgeordnete abschließend.